

Doch nichts gelernt?

Rassismus wird wieder salonfähig – über den Wiedereinzug rassistischen Denkens und Handelns in Europa

Recht(sradikal)e sind in fast allen europäischen Ländern von Millionen in die Parlamente gewählt worden. Sie sitzen mittlerweile auch an den Schalthebeln der Macht (seit einiger Zeit in Österreich und Italien, schon länger in Ungarn und Polen), wobei sich das Phänomen nicht auf Europa beschränkt (siehe USA, Brasilien...). Viele der Anhänger_innen wünschen sich einen starken Führer, der für Ordnung sorgt, speziell gegenüber Ausländern. CSU, Ungarns Orban und die österreichischen Koalitionäre FPÖ (eine Analyse des Programms dieser Partei ist in der Rezension „Die FPÖ“ von H. Auinger in hlz 3-4/18 nachzulesen) und ÖVP planen in der Asylpolitik die radikale Zuspitzung; was durch mehrmalige Gesetzesverschärfungen längst auf den Weg gebracht ist, soll vollendet werden. Seehofers exaltierter Satz, die Migration sei „die Mutter aller Probleme“, mit dem ‚klärenden‘ Zusatz: da empörten sich die Leute doch zu Recht und der „Nazi“-Vorwurf sei haltlos (tagesschau.de, 6.9.18), ist mittlerweile nicht nur bei der fremdenfeindlichen AfD Konsens.

Was läuft da ab? Woher kommt, wohin geht die Entwicklung? Dazu ein Blick auf die Lage in Europa.

Ein Bild geht um die Welt ...

Bei den letzten Salzburger Festspielen wurde der Eröffnungssprecher Blom von Zeitungsmachern angesprochen: „Was man nie gedacht hätte, dass Menschen auf dem Weg nach Europa zu Tausenden ertrinken“, worauf sich Blom über den

Skandal empörte: „Dass man unter zivilisierten Menschen darüber diskutiert, ob es nicht richtig ist, diese Menschen ersaufen zu lassen“ (Kurier, 25.7.18). Eine Kollegin im „Standard“ (8.7.18) sprach von „hässlichen Bildern [der] im Wasser treibenden kleinen Leichen in bunten Strampelanzügen“ – das Foto vom tot aufgefundenen Aslan, dem „Kind der Anderen“, das 2015 weltweit für Furore sorgte, hatte sich ihr offensichtlich eingeprägt. Dabei drängte sich ihr gleich die furchtbare Vergangenheit auf: „Irgendwann“ werde wieder die Frage gestellt, „wie es soweit kommen konnte?“ Das werde dann „schmerzhaft brennen“, so die Journalistin, weil es „schon einmal Realität“ war. Und sie erinnert an die Geschichte der zur Ikone aufgestiegenen Anne Frank, die jahrelang versteckt und nach ihrer Entdeckung im KZ umgebracht wurde, um die Parallele zu heute zu ziehen: Die Taten der Helfer_innen sind unter Strafe gestellt (wie damals, während die der Schlächter ganz legal waren, z.B. durch das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ abgesichert).

Aber, das ist das Eigenartige beim Erschrecken der Journalistin: Warum sollen die Frage und das „schmerzhaft Brennen“ erst „irgendwann“ später kommen? Wieso nicht jetzt?

Die Scheidung in Wertvolle und Minderwertige

Die Parallele zu damals liegt ja nahe. Man denke etwa an die Kriminalisierung von Helfer_innen der zivilen Seenotrettung – aktuell in Spanien, wo spanische

Sozialdemokraten angeblich eine „humanitäre Flüchtlingspolitik“ betreiben, die dann so aussieht, dass „die Hafenbehörde, die dem Infrastrukturministerium in Madrid untersteht, das Auslaufen“ der Schiffe Open Arms und Aita Mari verhindert, „um vor der Küste Libyens ertrinkende Menschen zu retten“ (ND, 27.1.19). Oder es gibt das maltesische Verbot für eine schweizerische humanitäre Piloteninitiative, Seenotrettungsflüge über dem Mittelmeer durchzuführen (watson.ch, 5.7.18). Die NGO's haben in den letzten Jahren Tausende in Seenot geratene Flüchtlinge vor dem Ertrinken „im Massengrab Mittelmeer“ gerettet. Jetzt geraten sie in den Fokus der Kritik – ebenso wie viele Menschen, die in Europa nicht zugelassene Flüchtlinge aus Kriegs- und Armutsregionen unterstützen, ihnen bei Behördengängen helfen, bei Sprachunterricht, Ausbildungs- oder Arbeitsplatzsuche. Die „Willkommenskultur“ darf sich auf keinen Fall wiederholen, so der politische Konsens und in Europa werden zunehmend Flüchtlinge als zivile Feinde eingeordnet.

Wenn Gesetze bzw. Verordnungen beschlossen werden, die Hilfe unter Strafe stellen, kommt verständlicher Weise das Erinnern an frühere Verhältnisse auf. Es gibt ja heute auch eine staatlich betriebene Erinnerungskultur. In Deutschland wird z.B. am bundesweit gesetzlich verankerten Gedenktag des 27. Januar bitteres „Unrecht“ staats-offiziell, aber bloß im Rückblick auf den Faschismus beanstandet. Die Rede von den „Entrechteten, Gequälten und Ermordeten“ und

denen, die „mutig Widerstand leisteten oder anderen Schutz und Hilfe gewährten“ (Bundesregierung zum Jahrestag 2008, wikipedia.org), kann einem da angesichts von Tausenden Toten im Mittelmeer wie eine bitterböse Heuchelei vorkommen!

Ähnlich der Aufschub der brennenden Frage, von dem die österreichische Journalistin sprach. Eigentlich müssten diejenigen, die das Ertrinken von Kindern billigend in Kauf nehmen, zur Rechenschaft gezogen werden. Und doch weiß man genau, dass demokratisch gewählte Politiker_innen sich aus sicherer Position gegen diese Kritik verhalten. Deshalb ist das Erschrecken vertagt! Oder soll besagte Frage erst dann auftauchen, wenn wieder ein Krieg verloren ist, die Sieger dem Verlierer moralisch die 'rote Karte' zeigen und ihm eine Büberhaltung abverlangen?

Vergangenheitsbewältigung hieß und heißt offenkundig: dem singulären, faschistischen „Bösen“ in offiziellen Feierstunden regelmäßig die geläuterte Demokratie entgegenhalten, die ja nicht von vornherein „unwertes“ Leben ausmacht und ausgrenzt. Blickt man auf die toten Menschen im Mittelmeer, so zeigt sich, dass die rassistische Konsequenz auch ohne rassistische Gesetze auftritt. Das führt zu einer grundsätzlichen Frage:

Was ist Rassismus?

Das sei eine Sache der Definition, ist allenthalben zu vernehmen. Je nachdem, ob man sie weiter oder enger fasst, sei eine Handlung rassistisch oder auch nicht. Wenn der Begriff aber einen Gehalt haben soll, dann den: Es gibt wertvolle und weniger wertvolle – gar minderwertige – Menschen. Und das ergibt sich aus der Zugehörigkeit zu Kollektiven, zu verschiedenen Sorten von Menschen (früher „Rassen“). Der einzelne Mensch zählt nur etwas als Mitglied einer

nationalen Gemeinschaft. Getreu dem Satz Kennedys: „Frage nicht was dein Land für dich tun kann, sondern was du für dein Land tun kannst!“ Das Individuum mit seinen Bedürfnissen zählt nichts, es gelangt erst zu dem, was es ist, durch das Kollektiv, dem es angehört. Das ist die Aussage des völkischen Verständnisses, das entscheidet, wer gut oder böse, damit Freund oder Feind ist und auch: was dem/der Einzelne_n zusteht und was nicht.

Sprachkultur: „Zigeuner“ nein, „Roma“ ja!

Antirassisten legen heutzutage – gemäß der geforderten politischen Korrektheit – viel Wert auf Umbenennungen. Der Ausdruck „Zigeuner“ gehört sich z.B. nicht. Doch die sprachliche Besserstellung hat nichts mit wirklicher Besserstellung zu tun. Siehe etwa das Vorhaben von Italiens Innenminister Salvini: Er will „Sinti und Roma zählen“ und in „Register erfassen“ lassen. „Ausländer ohne Aufenthaltsstatus“ könnten so festgesetzt und ausgewiesen werden. Das führte zu Empörung bei den italienischen Sozialisten, die von einem Plan mit „leicht faschistischem Anstrich“ (welt.de, 19.6.18) sprachen. Ja, solch eine „Zählung“ ist aus der Nazizeit bekannt, wo jüdische Bürger_innen sich zählen lassen mussten, damit man ihnen eine Kennzeichnung verpassen konnte; der Glauben oder die Herkunft ist den Menschen eben nicht unbedingt ins Gesicht geschrieben und die rassistische Wissenschaft hat (wie man heute weiß: vergeblich) versucht, durch „Schädelvermessung“ den biologischen Beweis für „unwertes“ Lebens zu erbringen. Übrigens werden heutzutage „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ wieder vermessen: „Panoramafotografien der Kieferknochen, Röntgenbilder von Handskelett und Schlüsselbein“, um junge Flüchtlinge zu Erwachsenen zu machen (so

taz.de 2015: „Schwanzvergleich bestimmt Alter“).

Es stimmt natürlich: die Benennungen „Zigeuner“ oder „Neger“ werden von Rassisten in ekliger Absicht benutzt. Die Anwendung sprachlicher Korrektheit als „Roma“ oder „Schwarzer“ schützt diese Menschen jedoch nicht vor privatem oder politisch praktiziertem Rassismus. Ein weiteres Beispiel: Auf www.auswaertiges-amt.de wird die „Reisewarnung“ nach Afghanistan für deutsche Staatsbürger – eben die Wertvollen – wegen „mehrerer schwerer Anschläge im Laufe des Jahres 2018 mit zahlreichen Todesopfern und Verletzten“ in Kabul aufrechterhalten; zeitgleich bekundet der Bundesinnenminister „Freude“ an „seinem 69. Geburtstag“, dass seinem „Masterplan“ gemäß „69 Flüchtlinge“ aus Afghanistan – eben Minderwertige – dorthin „abgeschoben“ wurden (spiegel.de, 10.7.18). Und die Wertvollen zahlen ja auch Sozialabgaben, so sie über eine Einkommensquelle verfügen. Das leistet der „grenzüberschreitende Abzock-Tourismus von Asylbewerbern“ – der „Minderwertigen“ –, die nur „die Sozialkassen plündern“ (Weidel, AfD, deutschland-kurier.org, 29.5.18), natürlich nicht.

Keine „nationale Identität“

Mit der „Mutter aller Probleme“ wird die aus den letzten beiden Jahrhunderten bekannte antisemitische Redeweise von den Juden als „unserem Unglück“ geschickt umschifft – und die Denkfürer dennoch unters Volk gebracht. Orban formuliert es offener, wenn er davon spricht, dass „Flüchtlinge aus Asien und Afrika Europa „überschwemmen“, um die „christliche und nationale Identität“ seiner Völker zu zerstören.“ (Kurier.at, 23.10.17) Hitlers Hauptvorwurf an „das Judentum“ war ja, dass es „keine nationale Identität“ besitzt und dadurch „zersetzend“ auf das Deutschtum wirkt.



Was ist Rassismus? Es gibt wertvolle und weniger wertvolle – gar minderwertige – Menschen. Und das ergibt sich aus der Zugehörigkeit zu Kollektiven (R. Gospodarek/F. Bernhardt)

Flüchtlinge in Lagern „konzentriert“

Wenn Flüchtlingen das Geld wegenommen wird, wenn sie nur Sachleistungen erhalten und ihnen so das Geld für Bedürfnisse fehlt, die nur außerhalb des Lagers zu befriedigen sind, greifen sie möglicher Weise zur Kleinkriminalität wie Ladendiebstahl, Prostitution oder Drogenhandel. Dann heißt es: Davor ist die angestammte Bevölkerung zu schützen – die solches ja nur im Einzelfall tut?! Probates Mittel soll dann sofortige Abschiebung sein. Vorher wird bereits alles zur Abschreckung derjenigen getan, die sich vor Krieg und Elend auf den Weg machen wollen. In Griechenland gibt es z.B. über-

füllte Lager mit „mangelhafte(r) Essensversorgung, fehlende(r) medizinische(n) Hilfe, schlechte(n) hygienische(n) Bedingungen“ (swr.de, 6.1.18). Die Unterbringung in Lagern dient auch der Fernhaltung unerwünschter Unterstützung von Flüchtlingen, der Integration in Schulen und Betrieben etc.

Auch „nützliche“ Jugendliche in Ausbildung oder eingearbeitete Erwachsene sind nicht vor Abschiebung gefeit. Alle Pull-Faktoren, die einem Verbleib der Unerwünschten dienlich sind, sind zu kappen! Wenn der österreichische Innenminister Kickl (FPÖ) von „Grundversorgungszentren“, die „konzentriert“ gehören, spricht, liegt der Ver-

gleich solcher Abschiebelager mit KZ's auf der Hand. Der wird aber von Kickl gleich bestritten, denn seine Idee habe nichts mit dem „verabscheuungswürdigen NS-Verbrecher-Regime“ (standard.at, 12.1.18) zu tun.

Die Rückführung von Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen oder politisch Verfolgten endet oft mit dem Tod. Das ist aber nicht die Kritik, wenn die herrschende Praxis von Sammellagern, Abschiebungen etc. ins Visier gerät. Der österreichische Bundespräsident ermahnt stattdessen zum „verantwortungsvollen Umgang mit der Sprache“ (diepresse.com, 18.1.18).

„Lehren aus der Vergangenheit“

Das sind sie also, die „Lehren aus der NS-Vergangenheit“! Die genannten Beispiele zeigen die Demokratie, die sich seit ihrer Geburtsstunde als das „Bollwerk gegen den Faschismus“ sieht, in ihrem praktischen Alltagsbetrieb. Soll man da das etablierte Narrativ, die heutige Demokratie sei das kategorische Gegenteil des Faschismus, aufrechterhalten? Ist es nicht ebenso fraglich wie die „antifaschistische“ Nachkriegsgeschichtsschreibung, der zu Folge nur wenige aus der „Kriegsgeneration“ von dem nationalen Aufbruch- und Vernichtungsprogramm gewusst und sich beteiligt hätten, Hitler persönlich und seine Komplizen natürlich ausgenommen?

Das „Verbrechen“ der Flüchtlinge ist es, dass sie zur falschen Zeit am falschen Ort gestrandet sind, an einem Ort, der ihnen keine Existenzberechtigung zugesteht! Diese Härte soll man nicht mehr als Extremfall sehen, der Begriff des „Rechtsextremismus“ wird langsam ad acta gelegt. Es ist normale Grenzsicherung – und wenn sie brutal praktiziert wird, vielleicht auch „Rechtspopulismus“...

F. BERNHARDT, R. GOSPODAREK,
Ruheständler